

Zur Lage der Heroinabhängigen – Ein Tagungsbericht

Am 8. und 9. Juni 1983 fand an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt auf Anregung und unter Leitung von Henner Hess (Fachbereich Erziehungswissenschaften) und Sebastian Scheerer (Fachbereich Gesellschaftswissenschaften) eine Tagung zur Lage der Heroinabhängigen in Deutschland und in den Niederlanden statt (siehe auch Uni-Report vom 25.5.83). Wichtigstes Ereignis war, um es gleich vorweg zu sagen, die Teilnahme der Betroffenen selbst. Es wurde nicht nur über Heroinabhängige gesprochen, sondern mit ihnen. Vertreter der Junkiebünde (Selbsthilfegruppen der Fixer) aus Rotterdam, Kassel und der vor kurzem gegründeten Frankfurter Gruppe beteiligten sich neben anderen eingeladenen Experten an der Gestaltung des Programms und nahmen zu allen wichtigen Fragen Stellung. Der erste Veranstaltungstag war der Bundesrepublik Deutschland und insbesondere dem Frankfurter Raum gewidmet, wobei Schwerpunkte bei dem Verhältnis von Polizei und Heroin, Beratung und Therapie, den Elternkreisen und der Drogenpolitik lagen. Am zweiten Tag folgten die Darstellung der Beratungs- und Therapieangebote in Amsterdam sowie Berichte und Forderungen der Junkiebünde.

Peter Loos, Kriminalhauptkommissar der Frankfurter Polizei, und in leitender Stellung mit der Verfolgung von Verstößen gegen das Betäubungsmittelgesetz (BtMG) betraut, schilderte zunächst die Drogenszene aus seiner Sicht. Er betonte die gesetzliche Pflicht der Polizei zum Einschreiten bei Rechtsverstößen, die dem einzelnen Beamten keinen großen Handlungsspielraum ließen. Für die Polizei sei der Drogenabhängige zunächst ein kriminogener Faktor. Nach der Darstellung der Versorgungslage auf dem Drogenmarkt in den vergangenen Jahren, in der deutlich wurde, daß es auch aus der Sicht der Frankfurter Polizei den einen großen Verteilerring nicht gibt – Loos sprach von ca. 30 – 50 kleinen Gruppen, von denen jedoch immer nur eine wirksam verfolgt werden könne – nahm Loos Stellung zu den Aktionen der Frankfurter Polizei, von denen die letzte, die sogenannte „Entsorgung“ des Kaisersacks, des letzten Stücks der Kaiserstraße, als Zerschlagung der Fixerszene am Hauptbahnhof erst kürzlich durch die Presse ging und die heftige Kritik vor allem von seiten der Drogenberater hervorrief. Ziel sei gewesen, eine weitere Konzentration von Fixern aus dem ganzen

Bundesgebiet zu verhindern, da Frankfurt sonst die ganze Last der Strafverfolgung träge und die notwendigen Maßnahmen nicht von der Frankfurter Polizei alleine getragen werden könnten. Loos sprach in diesem Zusammenhang auch von einer „Infektionsgefahr“, die von solchen Treffpunkten ausgehe. — Vor allem die Vertreter der Junkiebünde kritisierten, daß eine solche Begrifflichkeit aus dem Bereich ansteckender Krankheiten erkennen lasse, daß letztlich als Antwort auf Drogenkonsum nur Isolation, Einweisung in geschlossene Einrichtungen und Psychiatriisierung bereitgehalten werde, ein Gedanke, der noch öfter in die Diskussion kommen sollte. — Hinsichtlich eines Zwanges zur Therapie betonte Loos, die Polizei sei für therapeutische Bemühungen nicht der richtige Ansprechpartner, sie sei jedoch gerne bereit, den für eine Therapie oftmals erforderlichen Zwang auszuüben. Die Polizei allein könne jedoch der Probleme nicht Herr werden. Hier sei die Mitarbeit anderer Institutionen notwendig. Am meisten Widerspruch erntete Loos mit seiner zentralen These „Fixer erzeugen Fixer“. Nicht die Fixer, sondern die Polizei sei es letztlich, die mit ihren Methoden und auf der Grundlage des derzeitigen Betäubungsmittelrechts die Konsumenten bestimmter Drogen in die Illegalität dränge, und hierdurch erst den Zwang zum Gelderwerb, zum Dealen und Anschaffengehen erzeuge.

Robert Frietsch vom Frankfurter Drop-In berichtete dann über die Beratungs- und Therapieinstitutionen in Frankfurt, insgesamt sieben auf das ganze Stadtgebiet verteilte Einrichtungen des Vereins Arbeits- und Erziehungshilfe, einer städtischen Einrichtung und der Jugendberatung und Jugendhilfe, die von der Caritas getragen wird. Frietsch meinte, ihnen komme aufgrund der wachsenden äußeren Zwänge, zunehmender Belastung mit Formalitäten und der geringeren Möglichkeit aufsuchender Arbeit zur Zeit im wesentlichen nur Verteilerfunktion zu. Angesprochen auf die angestrebten Ziele der Beratung gab Frietsch zu erkennen, daß das Ziel bisher fast immer die Vermittlung in eine Langzeittherapie mit anschließender Drogenfreiheit gewesen sei. Inzwischen werde man sich jedoch zunehmend bewußt, daß auch dann, wenn Drogenfreiheit nicht oder nicht sofort erreichbar sei, Hilfestellungen auch außerhalb der Vermittlung von Langzeittherapie gegeben werden müßte. In der anschließenden Diskussion wurde zum einen die Frage nach den hinter einer Langzeittherapie stehenden Zielen gestellt sowie das oft sehr rigide Verhalten von Behandlungseinrichtungen bei Rückfällen kritisiert.

Aus den Schilderungen einer Mutter vom Elternkreis im Haus der Volksarbeit und eines dort tätigen Therapeuten wurde erkennbar, daß Drogenabhängigkeit unmittelbare

Auswirkungen auf die ganze Familie haben kann. Dabei wies Jürgen Schaltenbrand auf die Funktion hin, die das Suchtverhalten eines Kindes oder eines Heranwachsenden für die Familie als ganzes oder einzelne Familienmitglieder haben kann („Unter Umständen ist der Fixer der treueste Sohn der Familie“), und er betonte, daß sich hieraus die Notwendigkeit ergebe, die ganze Familie in den Therapieprozeß einzubeziehen statt den Drogenabhängigen zum Alleinverantwortlichen zu erklären, ein Aspekt, der auch von holländischer Seite hervorgehoben wurde. Von den Junkiebünden auf eine mögliche Zusammenarbeit angesprochen, gab die Vertreterin des Elternkreises zu erkennen, daß zumindest ihre Gruppe zunächst und zuallererst mit betroffenen Eltern arbeiten wolle und daß eine allzu große Erweiterung der Aufgaben den Rahmen ihrer Möglichkeiten sprengen könnte. Gleichwohl herrschte Einverständnis darüber, daß Kontakte zwischen Elternkreisen und Junkiebünden helfen könnten, das gegenseitige Verständnis füreinander zu fördern.

Stephan Quensel von der Universität Bremen sprach dann über neue Wege in der Drogenarbeit. Der derzeitige Weg, vorgegeben durch das neue BtMG, führe in den Maßregelvollzug. Faktisch dominiere zur Zeit die Strafverfolgung kombiniert mit gewissen Formen der Zwangstherapie. Daneben gebe es ein legales institutionelles Drogenerhaltungsprogramm, in dem der Abhängige mit jeweils zwischenzeitlichem Drogengebrauch von Therapie zu Therapie gereicht werde und ein illegales Barbiturat-Erhaltungsprogramm auf der Drogenszene. Drogenarbeit, so Quensel, müsse heute vor allem Drogenpolitik sein, denn Politik schaffe den Drogenmarkt und seine Folgen. Politische Entscheidungen seien letztlich verantwortlich für das heute vorherrschende Bild des Junkies. Quensel verdeutlichte dies an einem Beispiel: Je besser Polizei und Zollbehörde arbeiten, desto höher steigen die Preise auf dem Drogenmarkt, desto größer wird die Abhängigkeit des Süchtigen von seinen Lieferanten, desto mehr steigt die Kriminalität. Begleit- und Folgekriminalität werden so zum Ausdruck staatlicher Drogenpolitik. Heroin mache abhängig, meinte Quensel, jedoch seien die wenigsten der ihr zugeschriebenen Gefahren mit den Eigenschaften der Substanz hinreichend zu erklären. So sei z. B. entgegen der allgemein üblichen Ansicht ein kontrollierter Umgang mit Heroin möglich, was u. a. auch in England durchgeführte Heroinprogramme ergäben. Gesundheitliche Schäden resultierten nicht primär aus dem Gebrauch von Heroin, sondern aus Beimischungen und den äußeren Umständen, unter denen Heroinabhängige gezwungen seien zu leben. Als Folge sieht Quensel die Notwendigkeit einer neuen Drogenpolitik, die als Ziel nicht mehr die absolute Drogenfreiheit hat. Es kommt vielmehr darauf an zu lernen,

mit der Droge umzugehen und eine realistische Vorstellung von ihren Wirkungen zu bekommen. Quensel zog dabei einen Vergleich mit Kaffee und Tabak, deren Genuß bei ihrer Einführung in Europa ebenfalls mit der Todesstrafe oder langjähriger Einsperrung verfolgt wurde. Er stellte insoweit die Frage, ob Heroinabhängige immer einer Therapie bedürften. Wichtiger sei es, mögliche andere Störungen und Probleme, deren Ausdruck der Drogenkonsum sein könne, anzugehen, statt in einer Art Exorzismusmodell das Böse in Form der Drogen austreiben zu wollen. Als Gegengewicht zur rechtsstaatlich problematischen und den Abhängigen tendenziell entmündigenden Verknüpfung von Therapie und staatlichem Zwang seien Selbsthilfegruppen wichtig ebenso wie die Einführung eines Methadonprogrammes. Methadon, das eine Art Ersatzstoff für Heroin darstellt, solle, wie auch in anderen Ländern, zumindest versuchsweise in der Bundesrepublik eingeführt werden, da es den Abhängigen ein Leben ohne Kriminalität und soziale Ächtung ermögliche. Notwendig sei eine grundlegende Änderung der Drogenpolitik.

Ein Vertreter des Junkiebundes Rotterdam wies darauf hin, daß es einen Unterschied zwischen Süchtigkeitsproblemen und Illegalitätsproblemen gäbe. Süchtigkeitsprobleme fänden sich an vielen Stellen in der Gesellschaft (Rauchen, Trinken, übermäßiges Essen, Workoholics usw.). Das Illegalitätsproblem, d. h. die gesellschaftliche Ächtung und Bestrafung bestimmter Suchtformen, treffe dagegen nur einen Teil der Suchtbereiche, selbst wenn die zugrundeliegenden Ursachen die gleichen seien. Methadon sei insofern nicht Ziel, aber Mittel zur Aufhebung der Illegalität.

Martien Kooyman, Psychiater und Behandlungsdirektor des Jellinekzentrums in Amsterdam, berichtete von seiner Einrichtung, einer international bekannten Stiftung für die klinische und ambulante Behandlung von Menschen mit Suchtproblemen, von der seit 1968 die Methadonbehandlung neben drogenfreien Therapieformen praktiziert wird. Darüber hinaus war es gerade sein Versuch, das Ausprobieren immer neuer Anläufe zur Bewältigung des Heroinproblems auch unter dem Gesichtspunkt der Schwierigkeiten und Probleme darzustellen, der bei vielen Zuhörern den positiven Eindruck hinterließ, daß die Psychiatrie in unserem Nachbarland sich auch gesellschaftlich tabuisierten Themen gegenüber wesentlich angstfreier zu verhalten vermag, als dies gelegentlich noch in Deutschland der Fall zu sein scheint.

Die Arbeit der Beratungs- und Therapiekette in Amsterdam erläuterte Quirinus von Arnheim vom Gesundheitsamt Amsterdam. Statt einer zentralen Einrichtung gibt es viele

kleine lokale Beratungseinheiten sowie zwei ambulante Beratungsbusse, die an verschiedenen Stellen der Stadt aufgestellt werden. Es besteht eine intensive Zusammenarbeit mit Hausärzten, Sozialhilfeeinrichtungen, Kliniken und anderen Anlaufstellen, und es gibt Spezialprogramme u. a. für Prostituierte und Personen mit schweren psychischen Störungen. Auf der Grundlage der Erfahrung, daß stationäre Aufenthalte, Gefängniszeiten und ähnliches eher demotivierend wirken und eine (Re-)Integration behindern, arbeiten die Einrichtungen ohne Zwang und versuchen, den Abhängigen möglichst in seiner ihm vertrauten Umgebung zu belassen. Von Arnheims zentrale These: Besser ein integrierter Drogenabhängiger als ein desintegrierter Cleaner (d. h. jemand, der mit dem Heroingebrauch aufgehört hat). Gerade auch (noch) integrierte Junkies brauchen Hilfestellungen. Von Arnheim betonte den weitgehenden Verzicht auf Kontrollen und die Freiwilligkeit als Voraussetzungen für eine erfolgreiche Arbeit, bei der allerdings auch in Amsterdam das Gesprächsangebot und nicht die Verabreichung des Methadons im Vordergrund stehe.

Dirk Korf vom Amsterdamer ökumensichen Zentrum (AMOK) und vom Deutschen Hilfsverein, einer Einrichtung, die vor allem deutsche Abhängige betreut, berichtete von insgesamt 3000 bis 4000 Heroinabhängigen, die bei hoher Fluktuation jährlich aus Deutschland nach Amsterdam kommen. Die meisten von ihnen haben keine Möglichkeit, sich legal auf Dauer in den Niederlanden aufzuhalten. Dirk Korf legte eine Übersicht vor, wonach 90 % von ihnen vorbestraft sind, 30 % noch eine Freiheitsstrafe zu verbüßen haben, 30 % eine Therapieauflage haben und 10 % noch eine Gerichtsverhandlung vor sich haben. Da eine Integration in den Niederlanden nicht möglich ist, werden diese Abhängigen auch nicht in die Methadon-Behandlungsprogramme aufgenommen. Ziel ist daher, Lösungen in der Bundesrepublik zu finden, also Drogenfreiheit anzustreben, Kontakte mit Beratungseinrichtungen und Justizbehörden zu knüpfen und eine Rückkehr vorzubereiten. Von 416 Klienten, die 1982 betreut wurden, kehrten immerhin rund zwei Drittel zurück, ein Großteil wurde inhaftiert, ein weiterer Teil begann eine Therapie oder nahm zumindest Kontakt zu einer Beratungsstelle auf. Mit Inkrafttreten des BtMG 1982 habe es eine Welle neuer Klienten gegeben, und erstmals seien auch wegen Cannabis/Haschischgebrauchs verfolgte Personen aus der Bundesrepublik in ihre Beratungsstelle gekommen. Korf sprach gerade auch in Hinblick auf die Freigabe von Cannabisprodukten in den Niederlanden von einem Kulturkonflikt zwischen den Niederlanden und der Bundesrepublik Deutschland.

Über die Bemühungen einer Unterstützungsgruppe für Heroin-

abhängige sprach Wijnand Sengers vom Institut für Präventiv- und Sozialpsychiatrie der Erasmus-Universität, der die Aktivitäten der Breiten Front zur Erneuerung der Drogenpolitik in Rotterdam vorstellte. Ihr gehören Rotterdamer Bürger an, die vor allem durch Kommentierungen der Tagespolitik, Besprechungen mit Kommunalpolitikern, Nachbarschaftskomitees und mit Pressekonferenzen versuchen, ein offeneres Klima und mehr Verständnis für die Lage der Heroinabhängigen herzustellen.

Zum Schluß der Veranstaltung berichteten Vertreter der Junkiebünde von ihrer Arbeit, so von der zeitweiligen Durchführung eines Methadonprogramms, der Einrichtung eines Restaurants zur Verbesserung der Ernährungslage von Junkies, der Vermittlung von Schlafplätzen in Rotterdam und von den Entwicklungen der Junkiebünde in Deutschland. Auch in Deutschland müsse es Ziel sein, Fixer zu allererst wieder als Menschen zu sehen und zu behandeln und nicht Drogenfreiheit um jeden Preis durchzusetzen. Statt Zwangseinweisungen gegen den Willen der Betroffenen in Therapieeinrichtungen und Landeskrankenhäuser sowie der Unterbringung in Drogenknästen müsse Drogengebrauchern auch dann Hilfe gewährt werden, wenn sie nicht zum Entzug bereit seien, um ihre psychische und physische Verelendung zu verhindern. Fixer müßten öffentlich zu ihrer Sucht stehen können, ohne für verrückt, krank oder kriminell gehalten zu werden und einen Treffpunkt haben können. Die Vertreter der Junkiebünde sprachen sich für Methadonbehandlung auch in der Bundesrepublik aus und forderten Qualitätskontrollen für Heroin und saubere Spritzen sowie eine bessere berufliche und schulische Rehabilitation.

Vieles von den Berichten aus den Niederlanden war für eine ganze Reihe von Teilnehmern ebenso neu wie die Erfahrung, daß man mit Junkies auch ganz normal reden kann. Es ist sehr erfreulich, daß eine Veranstaltung dieser Art an der Universität durchgeführt werden konnte. Sie sollte Anlaß sein, die aufgeworfenen, bei uns noch immer sehr kontroversen Fragen weiter zu vertiefen und auch an der Universität die interdisziplinäre Arbeit auf diesem Gebiet zusammen mit den Betroffenen fortzusetzen.

Burkhard Dämmann, Universität Frankfurt, FB 01

PS: Wer Interesse an der Arbeit des Frankfurter JunkieBundes hat, kann weitere Informationen bekommen über Dr. Sebastian Scheerer, Universität Frankfurt, FB 3 (Tel.: 798-2494).

ARBEITSPAPIERE DES FORSCHUNGSSCHWERPUNKTES
„Soziale Probleme“ der Universität Bremen

Die folgenden Arbeitspapiere sind noch vorrätig und werden kostenlos abgegeben:

Nr. 7: Friedrich W. Stallberg, Bibliographie zur Soziologie der Prostitution (1982).

Nr. 8: Johannes Feest, Imprisonment and the Criminal Justice System in the Federal Republic of Germany (1982).

Nr. 9: Uta Krautkrämer-Wagner, Frauenpolitische Einrichtungen in den Bundesländern (1983).

Nr. 11: Hans-Günther Heiland, Economic Crisis and Crime. National Report on West Germany (1983).

Nr. 16: Knut Papendorf / Karl F. Schumann / Michael Voß, Kritik der Jugendstrafvollzugsreform (1980).

Nr. 17: Hans-Günther Heiland / Ottmar Große-Lindemann, Kriminalstatistische Arbeitsmaterialien 2; Zeitreihen zur Kriminalitätsentwicklung im Zeitraum von 1952 bis 1975 (1982).

Nr. 21: Hans Grünberger / Hans-Günther Heiland, Theorie Sozialer Probleme – Ein fruchtbarer Irrweg? (1982)

Bestellungen, solange der Vorrat reicht, über Johannes Feest, FB 6, Universität Bremen, Postfach 330440, Bremen 33.